

## **Solidarität mit den spanischen Frauen – die Fristenlösung muss bleiben! / Stopp der Gewalt!**

Die Plattform 20000frauen hat sich am Freitag (14.2.) bei einer Protestkundgebung vor der spanischen Botschaft in Wien mit den spanischen Frauen solidarisiert. Gemeinsam mit spanischen Aktivistinnen und Aktivisten setzten sie ein lautstarkes Zeichen gegen die geplante Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

„Angesichts der europaweiten Kampagnen, die Schwangerschaftsabbrüche wieder kriminalisieren wollen, ist es enorm wichtig, für dieses Anliegen wieder auf die Straße zu gehen“, so Heidi Ambrosch von der Plattform 20000frauen. Die Plattform hat einen Protestbrief auf Spanisch, Deutsch und Englisch verfasst und fordert dazu auf, diesen an die spanische Regierung zu schicken (zum Download unter: <http://zwanzigtausendfrauen.at/2014/01/25-1-2014-in-solidaritat-mit-den-spanischen-frauen/>).

## **Schwangerschaftsabbruch raus dem Strafrecht!**

Auch in Österreich ist der Schwangerschaftsabbruch nach wie vor nicht legal, sondern lediglich innerhalb einer bestimmten Frist straffrei („Fristenlösung“). Die Plattform 20000frauen setzt sich für die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetz ein, außerdem müssen Abbrüche endlich von der Krankenkasse finanziert und in allen öffentlichen Spitälern durchgeführt werden.

Vertreterinnen der Plattform 20000frauen haben am Freitag auch an der Aktion „One Billion Rising“ vor dem Parlament teilgenommen, die ein Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen setzt. „Feministische Kämpfe waren schon immer Kämpfe gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen – auch strukturelle und systemimmanente Gewalt“, so Heidi Ambrosch.

## **Soziale Gerechtigkeit statt Hypo-Desaster!**

Die Plattform 20000frauen spricht sich besonders gegen Budgetkürzungen bei Frauenprojekten, Gewaltschutzeinrichtungen und sozialer Absicherung ein, während 19 Milliarden Euro – immerhin 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – zu Spekulanten in Versicherungen, Hedgefonds und an sonstige Vermögende verschoben werden. „Geld verschwindet nicht einfach, wie man es uns weißmachen will, es wechselt nur den Besitzer“, so Ambrosch.

Die Notwendigkeit einer starken Frauenbewegung, die solidarisch über alle Grenzen hinweg agiert, zeigt sich besonders in sogenannten Krisenzeiten. „Angesichts neoliberaler Politiken und rechten Vorstößen gegen Frauenrechte in vielen europäischen Ländern braucht es lautstarken feministischen Protest“, so Petra Unger von der Plattform 20000frauen. „Der Nährboden für Gewalt gegen Frauen ist soziale Ungleichheit und eine geschlechterhierarchisch organisierte Gesellschaft“, so Unger.